

Bekanntmachung
eines Beschlusses des Deutschen Bundestages
zu Petitionen,

die sich gegen die unterschiedlichen aktuellen Rentenwerte in den neuen und alten
Bundesländern richten.

Dem Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages lagen zu diesem Anliegen
rund 1.700 Zuschriften mit rund 170.000 Unterschriften vor.

Mit den Petitionen wird kritisiert, dass zwölf Jahre nach der Wiedervereinigung der
aktuelle Rentenwert in den neuen Bundesländern nur rund 87 v.H. des aktuellen
Rentenwerts für die alten Bundesländer betrage. Diese Ungleichbehandlung sei nicht
länger hinnehmbar.

Auf Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses – Sammelübersicht 15/47
(Bundestagsdrucksache 15/1244) – hat der Deutsche Bundestag in seiner
56. Sitzung am 3. Juli 2003 beschlossen, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil
bei noch ausstehender Angleichung der Einkommen der aktiv Beschäftigten zum
gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine Möglichkeit gesehen wird, das Anliegen zu
unterstützen.

Der Text der Beschlussbegründung kann schriftlich unter Angabe des Aktenzeichens
Pet 3-15-15-8233-000400 angefordert werden beim Deutschen Bundestag, Sekreta-
riat des Petitionsausschusses, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

Berlin, den 4. Juli 2003

Deutscher Bundestag
Petitionsausschuss

Marita Sehn
Vorsitzende